

Deutscher Städtetag Lindenallee 13-17 50968 Köln

11.06.2010/KI

Herrn Bundesminister  
Dr. Peter Ramsauer, MdB  
Bundesministerium für Verkehr,  
Bau und Stadtentwicklung  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Bearbeitet von  
Hartmut Thielen, DST  
Gesine Kort-Weiher, DST  
Bernd Düsterdiek, DSTGB

Telefon 0221 3771-277  
Telefax 0221 3771-180

E-Mail:  
hartmut.thielen@staedtetag.de

Aktenzeichen  
61.30.15 D

## Kürzung der Städtebauförderung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge hören wir von der Absicht der Bundesregierung, die Städtebaufördermittel und die Mittel für die KfW-Förderprogramme „Energieeffizient Bauen und Sanieren“ ab dem Jahr 2011 drastisch zu reduzieren. Dies würde für die deutschen Städte und Gemeinden gravierende negative Folgen haben.

Die Städtebauförderung ist ein wichtiges und unverzichtbares - außerdem erfolgreiches - Instrument zur Funktions-, Substanz- und Strukturverbesserung der Städte und Gemeinden. Darüber hinaus hat sie auch eine herausragende wirtschaftspolitische Bedeutung, weil die mit Städtebaufördermitteln geförderten Investitionen erhebliche öffentliche und private Folgeinvestitionen sowie Nachfrage nach Gütern und Leistungen auslösen. Die Städtebauförderung wirkt zugleich als konjunktur- und beschäftigungspolitisch bedeutsames Instrument. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung löst 1 Euro an Städtebaufördermitteln weitere 8 Euro öffentliche und private Investitionen - insbesondere beim örtlichen und regionalen Baugewerbe und Handwerk - aus.

Im Falle einer Reduzierung der Städtebaufördermittel durch den Bund müssten wichtige und dringende Zukunftsaufgaben im Bereich der Stadterneuerung zurückstehen - zumal zu befürchten ist, dass auch die Länder dann ihre Komplementärfinanzierung entsprechend reduzieren werden. Viele notwendige Investitionsmaßnahmen, insbesondere zur Beseitigung struktureller Probleme in den Städten und Gemeinden, könnten nicht begonnen werden. Stadt- und Ortsteile, die durch wirtschaftsstrukturelle Veränderungen vor erhebliche wirtschaftliche und soziale Probleme gestellt sind, haben sich teilweise zu sozialen Brennpunkten entwickelt. Die Stadterneuerung muss auch auf den wachsenden Wohnungsbedarf reagieren und Flächen mobilisieren bzw. erschließen, um damit den Wohnungsbau vorzubereiten und zu unterstützen. Neben der Instandsetzung und Mobilisierung preiswerten Wohnraums sind neue Wohnungen und Gewerbebetriebe auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen zu errichten. Hinzu kommt eine neue Schwerpunktaufgabe der Stadterneuerung, nämlich die Umnutzung und Integration der freiwerdenden Liegenschaften von Militär, Bahn und

Post. Neue inhaltliche Schwerpunkte ergeben sich zudem für die Städte und Gemeinden aus den übergeordneten Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Daher werden der Klimaschutz, die energetische Erneuerung von Gebäuden und Stadtquartieren sowie auch die Herausforderungen des demografischen Wandels und die Schaffung einer familien- und altengerechten Stadt und Gemeinde neben der Bestandsentwicklung zukünftige Schwerpunkte der Stadtentwicklung sein.

Für ebenso problematisch halten wir daher die geplante Halbierung der KfW-Fördermittel. Die Förderprogramme der KfW tragen mit ihrer hohen Akzeptanz bei den Investoren maßgeblich zur notwendigen energetischen Sanierung der Wohngebäude und damit zur Erreichung der Klimaschutzziele bei. Hiervon profitieren neben der Wohnungswirtschaft vor allem auch die Mieterhaushalte, da die Zinsvergünstigungen über die Modernisierungsumlage an die Bewohner weitergegeben werden. Von einer Kürzung wären insbesondere einkommensschwächere Haushalte betroffen, deren Mietbelastungen bereits heute überproportional hoch sind. Nicht zuletzt hätte eine Reduzierung der Fördermittel auch negative Auswirkungen auf die Konjunktur und den Arbeitsmarkt, da die KfW-Programme in erheblichem Umfang zur konjunkturellen Belebung, Beschäftigungssicherung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Bauindustrie und Handwerk beitragen.

Vor diesem Hintergrund wäre es aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände fatal, wenn der Bund die angekündigten Einsparungen bei der Städtebauförderung und der KfW-Förderung im Bereich der energetischen Sanierung realisieren würde. Eine dauerhafte Finanzierung der Städtebauförderung auf hohem Niveau ist angesichts der aktuellen Herausforderungen im Rahmen der Stadtentwicklungspolitik sowie beim Klimaschutz unabdingbar.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, dankbar, wenn Sie diese Kritikpunkte und Anregungen bei Ihren weiteren Überlegungen berücksichtigen würden. Für ein Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Articus  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städtetages



Dr. Gerd Landsberg  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes